

Rheingauer

Anzeiger

80

1920

2. GZ 6360

Rheingauer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Teil

umfassend die
Stadt- und Landgemeinden



Kreis-Blatt Fernsprech-Anschluss Nr. 9
des Rheingau-Kreises.

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Anzeigenpreis:
die kleinste (Recht) Zeit-
od. deren Raum 20 Pf.
Ankündigungen vor und
hinter d. redaktionellen
Teil (sonst inhaltlich
zur Aufnahme geeignet)
die Zeile od. deren
Raum 60 Pf.
Beide Preise bis auf
weiteres mit 25%
Erhöhung zuzufügen.

Bezugspreis: viertel-
jährlich 4.00 M.

Rheingauer Anzeiger
1920

Es fehlen:

1-76

in. 84

Verlag der Rheinischen Landeszeitung
Rüdesheim am Rhein

**Einziges amtliches
Blatt seiner Zeitung.**

Donnerstag, 1. Juli

Verlag der Rheinischen Landeszeitung
Rüdesheim am Rhein.

1920.

ih, das Kabinett ist nicht ein Werk, sondern
is. Erörterbar sind gegenwärtig nicht seine
ungen, an denen nichts mehr zu ändern ist.
Eigenschaften, die sich besonders bei den neuen
erst zeigen müssen, sondern seine Auf-

sind diese Aufgaben? Die nächste ist viel-
kanjole aber unerlässliche der Selbst-
Auf ihr beruht nun einmal die Möglich-
erfüllung aller anderen Aufgaben auch nur
n. Ein Kabinett, dessen Grundriss vorläufig
s anderes ist als der Querschnitt durch das
aller Parteien, muß auch nach innen diplo-
matie anwenden, um überhaupt regierungs-
fähig zu bleiben. Da es keine ge-
heißt hat, ist es darauf angewiesen, sich bei
legenden Parteien zum wenigsten Duldung
Man beachte, wie, im ähnlicher Lage, der
e. Glottis verlor. Dieser Staatsmann,
ch die Politik seines Vorgängers fortsetzen,
ein Neutester scheinen muß, gewann den stür-
hall der Kammer, indem er schonungslos
egen die Wucherer und restlose Besteuerung
winne versprach. Die bestehenden Bünd-
er pflegen, gleichzeitig aber mit allen euro-
naten gute Freundschaft halten zu wollen,
n wünscht er nicht Abhängigkeit an Italien,
n Unabhängigkeit. Auch das Kabinett
muß stark und entschlossen scheinen können,
günstigen Falle, später zu sein.

Kohlentribut, ein Heer von angemessener Stärke, Kre-
die, Revision des Verfallenen Vertrages. Zu dem allem
aber braucht es eine Regierung, die in der Lage ist,
solche Forderungen im Namen des Parlaments und
Volkes zu stellen. Nach den Aufgaben, nicht nach der
manchen nicht genehmen Zusammenfassung des Kabinetts
bemeße man die Unterstützung.

Neue Gefahren.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ und „Ber-
liner Tageblatt“ erfahren, hat Reichswehrmini-
ster Dr. Gessler sein Verbleiben im Amte von dem
unverletzten Besatze des deutschen Heeres das kaum
zur Wahrung der inneren Ordnung ausreicht, abhängig
gemacht. Der Minister lehnt in Kenntnis der drohenden
Gefahren die Verantwortung gewissenhafter Weise ab,
wenn das Ordnungsinstrument in seiner Hand zer-
brechen wird. Die Lage im Reich hat sich während der
Kabinettskrise wieder äußerst kritisch gestaltet. Aus ver-
schiedensten Teilen des Reiches laufen Berichte ein über
Bildung von roten Armeen, denn von Ver-
bänden der kommunistischen Arbeiterpartei werden mili-
tärliche Übungen abgehalten, besonders aus dem Frei-
staat Sachsen werden alarmierende Einzelheiten be-
kannt, die sich auf eine militärische Organisation der
unter der Maske von Einwohnerwehren in der Aus-
bildung begriffenen Truppen der U. S. P. D. beziehen.
Ein völksparteiliches Blatt in Bayern ist sogar in der
Lage, einen Geheimbericht über eine Spezialkommission
der Unabhängigen zu veröffentlichen, der sich mit der
Zusammenführung eines Generalstreiks in Deutschland befaßt,
der die Stilllegung auch der lebenswichtigen Betriebe
und die Entvölkerung der Einwohnerwehren zur Folge
haben soll. Ob diese Meldungen, die von der „Zoll-
Ztg.“ an hervorragender Stelle ausführlich zusammen-
gestellt worden sind, nicht übertrieben sind, läßt sich im
Augenblick nicht prüfen. Das „Berliner Tage-
blatt“ zwar will regierungsfreig erfahren haben, daß
die Gerüchte „vollkommen unbegründet“ (?) seien. Es
wäre gewiß ein Glück, wenn das führende demokratische
Blatt Recht hätte, aber andererseits lassen doch Bedenken
aufstehen, ganz abgesehen davon, daß es dieser ist,
wenn wir uns (bei den Erscheinungen) gegen alle Mög-
lichkeiten schärfen machen. Das eine Bedenken fußt auf
einem Argument aus dem Gegenteil. Die „Frei-
heit“ bemerkt nämlich zu dieser „Spiegelmarke“, es sei
unnötig zu sagen, daß in der Partei niemand daran
denke, die politischen Machtverhältnisse durch Sabotage-
akte zu ändern. Diese Beschwörungen sind fast am be-
kannt. „Ein Gebrannter scheut's Feuer.“ Bis jetzt
hat die U. S. P. D. noch vor fast jedem Generalstreik
einen solchen in Abrede gestellt. Und zweitens: Wäre
dem so, was hätte es für einen Sinn, wenn der Reichs-
wehrminister mit seinem Rücktritt droht für den Fall,
daß der Heeresbefehl verrät? Ungehindert
hat er sich doch über die „Lage“ sein eigenes, wohl-
begründetes Urteil bilden können. Und schließlich sollte
man bedenken, daß die Unabhängige Sozialdemokratische
Partei sich nicht umsonst, trotz ihrer Stärke, von der Re-
gierungsbildung ausgeschlossen hat, die sie bei einer Be-
teiligung in ihrer Entschlossenheit und Störfähigkeit in der
unangenehmsten Weise gehemmt hätte.

Berlin, 26. Juni. In der „Deutschen Allge-
meinen Zeitung“ liest man: In Berlin steht man
vor der Entscheidung über die Möglichkeit der staats-
lichen Einkünfte. Die 100 000 Mann, um die die
Reichswehr kleiner werden soll, sind kein einfaches, son-
dern ein doppeltes Minus. Nicht nur, daß die Reichs-
wehr diese 100 000 Mann verliert, ein namhafter Teil

Dr. Rüdens.

Bekanntmachung.

Vom Herrn Regierungspräsidenten in Wies-
baden bin ich zum Kommissar für das Abstim-
mungsverfahren zwecks Errichtung einer Zwangs-
sinnung für alle im Rheingaukreise das Müller-
handwerk selbstständig betreibenden Personen er-
nannt worden.

Die Anweisung für oder gegen die Errichtung
einer Zwangsinnung für das Müllerhandwerk im
Rheingaukreise sind schriftlich bis zum 10. Juli
1920 bei mir abzugeben.

Die Abgabe der mündlichen Anweisungen kann
während des angegebenen Zeitraums werktäglich
von 9 bis 12 Uhr vormittags im Landratsamte
in Rüdesheim, Zimmer Nr. 3, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Personen, welche
im Rheingaukreise das Müllerhandwerk selbstständig
betreiben, zur Abgabe ihrer Anweisung mit dem
Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen, die
erkennen lassen, ob der Errichtung der
einer Zwangsinnung zustimmt oder nicht, gültig
sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes
eingehende Anweisungen unberücksichtigt bleiben.

Die Abgabe einer Anweisung ist auch für die-
jenigen Personen erforderlich, welche den Antrag
auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt
haben.

Rüdesheim, den 26. Juni 1920.

Der Kommissar:
Dr. Rüdens.

Die Aufgaben des neuen Kabinetts.

Das Kabinett Brüderbach, entstanden aus der Krise,
bedingt durch den Ausgang der Wahlen, errichtet aus
den Stärkeverhältnissen, Forderungen und Widerständen
der Parteien muß als politische Aufgabe so hingenom-
men werden, wie es ist. Kritik an seiner Zusammen-
setzung und seinen Mitgliedern kommt heute zu spät

es ab.
et Wagner
worden.
a. 18

